



NETZWERK  
-BILDUNG

Valerie Lange

# Populismus, Fake News, Lügenpresse

ERGEBNISSE DER KONFERENZ AM 25. JANUAR 2018, FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG BERLIN

Populistische Parteien verzeichnen einen enormen Zulauf, Großbritannien verlässt die EU, Millionen Geflüchtete suchen Asyl in Europa, einzelne junge Menschen radikalisiert sich, eine rechtspopulistische Partei wird drittgrößte Kraft im Bundestag. Diese Entwicklungen lassen auch junge Menschen nicht unberührt. Gleichzeitig ist aber fast die Hälfte aller Erstwähler\_innen auch 2017 nicht zur Bundestagswahl gegangen. Wie

passen diese Entwicklungen zusammen? Muss Schule mehr Raum für kontroverse Diskussionen bieten? Wie kann sie jungen Menschen demokratische Werte mit auf den Weg geben, Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen und Politik erlebbar machen? Über diese Fragen diskutierte das Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. Januar 2018 mit Expert\_innen aus Schule, Wissenschaft und Politik.

Demokratien reproduzieren sich nicht von selbst, Demokratiefähigkeit muss eingeübt und verinnerlicht werden. Deswegen ist politische Bildung, so ist es in den Schulgesetzen aller Bundesländer hinterlegt, Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Schulen haben demnach die Aufgabe Demokratiekompetenz zu vermitteln. Dazu gehört die Entwicklung der Schüler\_innen zu mündigen Bürger\_innen, die ihre Wahlentscheidungen informiert treffen können, sich der Tragweite ihrer Stimme bewusst sind, sich in politische Prozesse aktiv einbringen und sich für das Gemeinwohl einsetzen. „Schüler\_innen müssen die Erfahrung machen, dass ihre Stimme und ihre Meinung zählen“, erklärt Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Dr. Roland Schmidt über die Bedeutung politischer Bildung in der Schule

Der schulische Alltag sieht jedoch häufig anders aus: „Der großen Bedeutung, der der schulischen politischen Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine stabile Demokratie zugeschrieben

wird, wird die aktuelle Stellung politischer Bildung im Schulalltag nicht gerecht“, so Valerie Lange, Autorin des aktuellen Statusberichts zur politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Erhebung zufolge, die auf einer Befragung der Kultusministerien basiert, spielen Inhalte politischer Bildung im Unterricht in allen Bundesländern nur eine untergeordnete Rolle; sie machen im Schnitt etwa 2,3 Prozent der Unterrichtsinhalte aus, mit denen sich Schüler\_innen in der Sekundarstufe I beschäftigen. Anders ausgedrückt: In den sechs Jahren ihrer Sekundarschulzeit haben Schüler\_innen durchschnittlich etwa vier Wochen Unterricht in politischer Bildung.



Politische Bildung in der Schule – ein Statusbericht



Valerie Lange über die Stundentafel an unterschiedlicher politischer Bildung im Bundesländervergleich

## AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN POLITISCHER BILDUNG

Lehrer\_innen, die politische Bildung in der Schule unterrichten, sind also jeden Tag damit konfrontiert, dass sie kaum genug Zeit haben, um ihren Auftrag – Vermittlung von Demokratiekompetenz – zu erfüllen. Hinzu kommt, dass „Politik“ in vielen Bundesländern in der Sekundarstufe I kein eigenständiges Unterrichtsfach ist. Inhalte politischer Bildung werden in Fächern mit ganz unterschiedlicher Fachbezeichnung und Fächerzuschnitt unterrichtet, oft im Verbund mit anderen Fächern. Häufig wird Politik kombiniert mit den Schwerpunkten Ökonomie und Wirtschaft, Geschichte, Geografie und Erdkunde sowie in einigen Bundesländern mit Recht oder Soziologie. Politische Bildung steht also in Konkurrenz zu anderen Inhalten und muss sich gegen diese in der ohnehin knappen Unterrichtszeit durchsetzen – kein leichtes Unterfangen, zumal ein erheblicher Anteil des Unterrichts in politischer Bildung fachfremd erteilt wird.

Zu diesen systemischen Schwierigkeiten kommen neue gesellschaftliche Herausforderungen, mit denen sich die politische Bildung auseinandersetzen muss. So hat die Digitalisierung etwa die politische Sozialisation Jugendlicher verändert. Zwar waren seriös recherchierte Nachrichten noch nie so leicht zugänglich wie heute, für Jugendliche haben aber dennoch die Nachrichten, die privat über soziale Medien geteilt werden, eine höhere Relevanz. „Jugendliche kommen über soziale Medien mit politischen Inhalten in Berührung, sie haben aber häufig eine geringe Medienkompetenz und es fällt ihnen schwer, die Quelle einer Nachricht einzuordnen und richtig zu bewerten“, berichtet Dr. Gabi Elverich, Lehrbeauftragte an der Freien Universität Berlin und Lehrerin an der Berliner Fritz-Karsen-Schule. Wenn, wie in der Endphase des US-Wahlkampfes, die zwanzig erfolgreichsten Fake News häufiger geteilt, geliked und kommentiert werden als die zwanzig erfolgreichsten Berichte seriöser Medien, dann erhöht dies die Schwierigkeit für junge Menschen, zwischen falschen und echten Nachrichten zu unterscheiden.



Dr. Gabi Elverich über den Begriff „Lügenpresse“

Jugendliche brauchen also Medienkompetenz, um Nachrichten richtig einordnen zu können, und auch die Vermittlung dieser Fähigkeit ist Aufgabe politischer Bildung – diese wird jedoch durch den von Rechtspopulisten unter dem Stichwort „Lügenpresse“

propagierten Vertrauensverlust in die seriösen Medien erschwert. Denn die Delegitimierung seriöser Medien entziehe, so Dr. Gabi Elverich, dem tagesaktuell orientierten, modernen Politikunterricht die Grundlage.



Die Ergebnisse der FES-Mitte-Studie

Die Schlagwörter Fake News und Lügenpresse, mit denen wichtige aktuelle Herausforderungen politischer Bildung in der Schule beschrieben werden können, stehen im Zusammenhang mit dem weltweiten Erstarren extremistischer Strömungen. So hat etwa, wie Dr. Elverich weiter ausführt, die Anti-Establishment-Haltung, die der Rechtspopulismus vorgibt, eine starke Anziehungskraft auf Jugendliche. Gleiches gilt für die von Populisten forcierte Spaltung zwischen „Wir“ und „Die“ auf vertikaler („Die da oben und wir da unten“) und horizontaler („Deutsche vs. die Anderen, Fremden“) Ebene, die sich als Gruppenbildung im Schulalltag niederschlagen kann. Teil dieser Entwicklung ist, dass sich die Normalität, in der Jugendliche aufwachsen, verändert hat: Die Grenzen des Sagbaren haben sich verändert, rechtspopulistische Ansichten haben Alltagspräsenz erlangt – und werden auch in der Schule geteilt, von Schüler\_innen, Eltern und Lehrer\_innen.

## POLITIKUNTERRICHT IN ZEITEN VON FAKE NEWS, LÜGENPRESSE UND POPULISMUS

Wie kann Politikunterricht den beschriebenen Herausforderungen begegnen? Zunächst einmal müsse die politische Bildung mit einem grundlegenden Missverständnis aufräumen, fordert Dr. Elverich. Zwar gilt in der politischen Bildung nach dem Beutelsbacher Konsens das Überwältigungsverbot; politische Bildner\_innen dürfen ihre Schüler\_innen nicht mit der eigenen Meinung ‚überwältigen‘, sie indoktrinieren. Vielmehr müssen die Schüler\_innen befähigt werden, sich selbst ein eigenes Urteil zu bilden. Damit sind die Lehrkräfte aber nicht zu einer unkritischen Neutralität gegenüber menschen- und demokratiefreundlichen Aussagen verpflichtet – ganz im Gegenteil. „Ein Ausgangspunkt des Politikunterrichts sollte die



Dr. Gabi Elverich über  
Neutralität im Politikunterricht

Menschenrechtsbildung sein. Dabei geht es darum, deutlich zu machen, dass Menschen Rechte haben, die allen gleichermaßen Menschenwürde und ein Leben in Freiheit ermöglichen sollen.“

Zu einem so ausgerichteten Politikunterricht gehört es auch, sich mit den Argumenten von Populisten und Extremisten auseinanderzusetzen. Denn nur dann lässt sich aufzeigen, dass durch das von diesen vertretene Weltbild komplexe Zusammenhänge verkürzt dargestellt werden und dass die angebotenen radikalen Lösungen realistisch kaum durchsetzbar sind. Aufgabe des Politikunterrichts ist es nicht nur, deutlich zu machen, dass politische Prozesse komplex sind, sie müssen darüber hinaus für die Schüler\_innen durchschaubar und nachvollziehbar werden.



Dr. Gabi Elverich über bewährte Ansätze  
schulischer politischer Bildung

Um dieses Ziel zu erreichen, können Lehrkräfte der politischen Bildung auf zahlreiche, bereits bewährte Ansätze zurückgreifen. Dazu gehört etwa das forschende Lernen. „Bei dieser Methode steht nicht nur das selbstständige Erarbeiten von Inhalten im Vordergrund, sondern auch eine eigenständige Auseinandersetzung mit eigenen Fragestellungen sowie die Entwicklung von Forschungsfragen“, erklärt Dr. Elverich. Ein weiterer, vielversprechender Ansatz ist die Projekt- und Produktorientierung des Unterrichts. Dabei werden kooperative Lernformen angewendet und darauf Wert gelegt, dass am Ende des Lernprozesses ein Produkt steht – etwa ein Beitrag für die Schülerzeitung, ein Videoclip oder ein Podcast, der im Netz geteilt werden kann. Auf diese Weise wird eine höhere Lernmotivation erreicht und die Inhalte werden nachhaltiger gelernt.

## ÜBER DIE SCHULE HINAUS: AUSSERSCHULISCHE PARTNER UND LERNORTE

Politische Bildung in der Schule beschränkt sich jedoch nicht auf den klassischen Politikunterricht, sie sollte vielmehr als Querschnittsaufgabe für alle Fächer begriffen werden. Außerschulische Partner helfen, politische Bildung an der Schule vielfältiger zu gestalten und neue Perspektiven einzubringen. Sie sollten fester Bestandteil des Schulprogramms zu politischer Bildung sein – und sind dies an vielen Schulen bereits. Dabei kann das Angebot außerschulischer Partner auf

vielfältige Weise in den Schulalltag eingebunden werden, zeitlich begrenzt und punktuell für spezifische Projekte oder Themen oder dauerhaft angelegt sein.



Dialog macht Schule: Vorstellung in sechs Fragen

Das *Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*, dem mittlerweile bundesweit über 2.500 Schulen angehören, versucht mit seinem Programm etwa, die Grundlagen für eine demokratische und anerkennende Schulkultur zu legen. Das Programm von Dialog macht Schule ist ebenfalls langfristig angelegt: Junge Dialogmoderator\_innen übernehmen für zwei Jahre den regulären Fachunterricht und erarbeiten mit den Schüler\_innen dialogisch Themen wie Identität, Gerechtigkeit und Zugehörigkeit.



Weitere Informationen zu den Planspielen und  
Workshops der planpolitik GbR

Workshops und Planspiele hingegen, wie sie beispielsweise die planpolitik GbR bietet, sind Lerngelegenheiten, mit denen zuvor im Unterricht behandelte Themen politischer Bildung gezielt vertieft werden können. Das Planspiel „Abschalten oder Aushalten – Fake News im Internet“ der planpolitik GbR vermittelt Jugendlichen spielerisch, was Fake News sind und wie mit ihnen umzugehen ist. Auch zum Portfolio der Foren Jugend und Politik und Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung gehören Planspiele, Workshops und Seminare für Schulklassen. Das *Planspiel Kommunalpolitik* etwa geht über zweieinhalb Projektstage, richtet sich an Jugendliche ab 15 Jahren und bringt Schüler\_innen und Kommunalpolitiker\_innen zusammen. Dabei lernen die Jugendlichen, wie Politik auf kommunaler Ebene funktioniert und wie sie eigene Themen finden und einbringen können.



Weitere Informationen zum Programm der Friedrich-Ebert-Stiftung  
im Bereich politischer Bildung für Schüler\_innen

Bei der Auswahl der richtigen außerschulischen Partner oder Projekte ist es entscheidend, dass die Angebote zum Schulkonzept passen, dieses ergänzen und bereichern können – sie sollten also gezielt gesucht und im Kollegium abgestimmt werden, damit sie auch fächerübergreifend eingesetzt werden können. Zudem sollten spezifische Problemlagen und aktuelle Themen der Schulgemeinschaft berücksichtigt werden. Zum Beispiel mit dem Projekt Life back

Home: Hier berichten Geflüchtete, die zu Referent\_innen ausgebildet wurden, von ihren Erfahrungen und diskutieren anschließend mit den Schüler\_innen über die Themen Flucht und Migration.



Weitere Informationen über das Projekt Life back Home und ein Workshopbeispiel

Solche Workshops, Planspiele und Seminare außerschulischer Partner sollten an den Unterricht angebunden, hier vor- und nachbereitet werden. Ebenso sollten die unterschiedlichen Angebote, auch über die Jahrgangsstufen hinweg, aufeinander aufbauen und aufeinander abgestimmt sein. Am besten ist das möglich, wenn sie innerhalb eines Ganztagsprogramms fest in den Schulalltag eingebunden sind.

## ÜBER DEN UNTERRICHT HINAUS: DEMOKRATISCHE SCHULKULTUR

Bei außerschulischen Projekten geht es häufig darum, Politik erleb- und anfassbar zu machen, um die Lernmotivation zu erhöhen und den Lernerfolg nachhaltiger zu gestalten. Demokratie-Erleben sollte sich für Schüler\_innen jedoch nicht nur auf befristete Projektzeiträume beschränken – sie müssen ihre Schule selbst gestalten können. Demokratie lernt man am besten durch Erfahrungen, durch das Einüben demokratischen Handelns im Alltag.



Die Schülervertretung der Gesamtschule Wulfen über ihre Arbeit

Die Einräumung von Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Schüler\_innen ist der Grundstein für den Aufbau einer demokratischen Schulkultur. So wie in der Gesamtschule Wulfen im nordrhein-westfälischen Dorsten: Eine starke Schülervertretung bildet hier den Mittelpunkt der demokratischen Schule. In fest im Stundenplan verankerten Klassenstunden in allen Jahrgängen diskutieren die Schüler\_innen unter Leitung der Klassensprecher\_innen ihre aktuellen Anliegen oder Schwierigkeiten in der Schule. Die Schülervertreter\_innen nehmen an den Schulkonferenzen teil und können über die Gestaltung der Schule mitbestimmen.



miniguide Klassenrat

„Entscheidend für den Erfolg einer Schülervertretung ist ein produktiver und angenehmer Arbeitsplatz, die Einbindung in die Entscheidungsstrukturen und Vertrauen und Freiraum durch die Schulleitung“, so Schülersprecherin Johanna Twittenhoff. Mehr Mitspracherecht für Schüler\_innen bedeutet für das Kollegium, einen Teil der eigenen Macht und der eigenen Freiräume abgeben zu müssen. Und, auch das gehört zu einer demokratischen Schulkultur, Lehrer\_innen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und eine Schule der Vielfalt leben: Sie müssen durch ihr Handeln für die Jugendlichen authentisch und glaubwürdig sein, selbst eigene Vorurteile und Wertvorstellungen reflektieren und hinterfragen, einschreiten, wenn sie Zeuge von Diskriminierungen werden – und dürfen natürlich selbst niemanden diskriminieren oder abwerten.



Schüler\_innen des Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasiums über ihre Politik-AG

Freiräume bei der Gestaltung der Schule geben den Schüler\_innen auch die Möglichkeit, eigene Themen zu setzen. Schüler\_innen des Berliner Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasium gründeten ihre eigene Politik AG, weil politische Themen im Unterricht zu wenig behandelt werden. Sie wollten die Möglichkeit haben, sich und andere Schüler\_innen besser über politische Themen zu informieren, um besser an der politischen Debatte teilhaben zu können. „Bei den Schüler\_innen gibt es großes Interesse für politische Themen, das haben wir bei unseren Projekten, beispielsweise der U18-Wahl, gemerkt. Man muss aber mehr auf die Jugendlichen eingehen“, fordert Felix Meißner, Mitgründer der Politik AG.



SV-Barcamp 2017 in Berlin

Auch beim Aufbau einer demokratischen Schulkultur können außerschulische Partner helfen. Das *SV-Bildungswerk* bietet Seminare und Workshops für Schüler\_innen und Schülervertreter\_innen und erklärt, wie Mitbestimmung geht und welche Mittel den Schülervertretungen zur Verfügung gestellt werden müssen. Und auch die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt Schüler\_innen bei ihrer SV-Arbeit, beispielsweise mit SV-Barcamps oder dem Handbuch „*Pimp my School. 1x1 der SV-Arbeit*“.

## WAS MUSS SICH ÄNDERN?

Die Beiträge haben gezeigt: Es liegt einiges im Argen in der politischen Bildung an Schulen – sie birgt aber gleichzeitig ein großes Potenzial. Der aktuelle Präsident der Kultusministerkonferenz, der Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport Helmut Holter, hat angekündigt, in seiner Präsidentschaft einen Schwerpunkt auf Demokratiebildung zu legen. Dies könnte eine Chance sein, die Bedeutung politischer Bildung in das Bewusstsein von Politik und Gesellschaft zu rücken.

Ein wichtiger, politischer Schritt wäre es, dem Fach politische Bildung mehr Gewicht im Fächerkanon, gerade der Sekundarstufe I, einzuräumen. Die jüngste *Entscheidung in Berlin*, die maßgeblich durch das Engagement des Landeschülersausschusses ermöglicht wurde, das Fach Politik ab dem Schuljahr 2018/2019 in der Mittelstufe mit einer Zeugnisnote auszuweisen, kann hier Anknüpfungspunkte bieten. Aber auch eine Einigung der Kultusministerkonferenz auf eine Mindeststundenanzahl für den Politikunterricht oder Standards für die politische Bildung wären geeignete Maßnahmen.



Dr. Manja Schüle über den politischen Austausch mit Jugendlichen

Abseits von strukturellen politischen Entscheidungen ist jeder Politiker, jede Politikerin gefragt, Jugendliche gezielt anzusprechen, sie ernst zu nehmen und deutlich zu machen, dass auch ihre Interessen vertreten werden. „Ich habe mein Team ganz bewusst mit jungen Menschen verstärkt, die mir bei der Vermittlung von Politik über soziale Medien helfen, zu kommunizieren und zu Diskussionen anzuregen“, erklärt Dr. Manja Schüle, MdB, SPD-Bundestagsfraktion. Ebenso wichtig sei es, so Dr. Schüle, dass Politiker\_innen in direkten Kontakt mit den Schulen treten, um eine Brücke zwischen Jugendlichen und Politik zu schlagen.



Florian Bublys über eine produktorientierte Gestaltung politischer Bildung

Der Unterricht selbst muss sich ebenfalls ändern, interaktiver und praxisnäher werden. Florian Bublys, Fachbereichsleiter Politik und Geschichte am Berliner Lilienthal-Gymnasium, regt eine produktorientierte Gestaltung des Unterrichts an, mit der die Schüler\_innen animiert werden, eigene Meinungsbeiträge zu erstellen. Hilfreich wäre es, wenn den Schulen eine Auswahl an seriösen Tages- und Wochenzeitungen als Grundlage für die Behandlung aktueller Themen im Unterricht zur Verfü-

gung stünden. Die Materialien der Schulbuchverlage für den Unterricht in politischer Bildung müssen ebenfalls den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Dazu gehört nicht nur die Aufnahme von Themen wie Fake News, Digitalisierung oder Populismus, die Verknüpfung von politischer Bildung mit Menschenrechtsbildung, sondern auch die Gestaltung von Lehrmaterialien, die den Anforderungen eines inklusiven Politikunterrichts gerecht werden. Die Behandlung dieser Themen im Unterricht setzt jedoch, wie Burkhard Jungkamp, Moderator des Netzwerk Bildung und Staatssekretär a.D. ausführt, Wissen bei den Lehrkräften voraus, für das sie Fortbildungen benötigen, wie sie zum Beispiel vom *Netzwerk für Demokratie und Courage* angeboten werden.



Ausgewählte Angebote außerschulischer Partner zur politischen Bildung in der Schule

Außerschulische Partner sollten die politische Bildung in der Schule fächerübergreifend ergänzen. Bei der Auswahl des Angebots sollte jedoch nicht das Prinzip Zufall regieren – so wie dies aufgrund der so großen, für die einzelne Lehrkraft oft überwältigenden und undurchsichtigen Anzahl an Projekten, Workshops, Planspielen oder Seminaren häufig geschieht. Abhilfe könnte die Einrichtung einer Koordinierungs- oder Übersichtsstelle bei der Kultusministerkonferenz oder den jeweiligen Kultusministerien schaffen. Um der gesellschaftlichen Bedeutung politischer Bildung in der Schule gerecht zu werden, müssen bewährte Projekte darüber hinaus ausfinanziert werden: So berichtet Florian Bublys, dass viele Schulen an der Juniorwahl trotz der Bemühungen von Schüler\_innen und Lehrer\_innen nicht teilnehmen können, weil die Finanzierung des Projekts nicht ausreicht, um die Nachfrage abzudecken.

Viele gute Schulbeispiele zeigen, wie Schulen zu Orten gelebter Demokratie werden können: Indem die Angelegenheiten der Schüler\_innen ernst genommen werden, sie Möglichkeiten erhalten, mitzubestimmen, ihre Schule zu gestalten und selbst Verantwortung zu übernehmen. „Wenn das gelingt, wenn junge Menschen selbst erfahren, dass sie respektiert werden, dass sie Würde haben, dann erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass diese jungen Menschen sich später für die Menschenwürde einsetzen, für diese auf die Straße gehen“, resümiert Burkhard Jungkamp.



Was sich ändern muss: Ergebnisse der Konferenz des Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 25.01.2018

## DIE AUTORIN DIESER PUBLIKATION

Valerie Lange studierte Soziologie, Politologie, Sozialpsychologie und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hannover und ist diplomierte Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freiberufliche Lektorin für Sach- und Fachbücher.

## DAS NETZWERK

Im Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung treffen sich bildungspolitische Akteure der Landes- und Bundesebene sowie Bildungsexperten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Anliegen des Netzwerks ist der offene und konstruktive Dialog mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Bildungspolitik beizutragen. Das Netzwerk Bildung setzt sich für ganztägige Bildungseinrichtungen, frühe individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen ein.

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: [marion.stichler@fes.de](mailto:marion.stichler@fes.de)

Digitale Versionen aller Publikationen:  
<http://www.fes.de/themen/bildungspolitik/index.php>

## IMPRESSUM

ISBN: 978-3-96250-167-9

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2018

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abt. Studienförderung

Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Marion Stichler

Kollage (Seite 1), Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

Illustrationen: Janina Röhrig

## KONTAKT UND FEEDBACK

Marei John-Ohnesorg

Bildungs- und Hochschulpolitik

[marei.john@fes.de](mailto:marei.john@fes.de)

### WICHTIGE INFORMATION:

Das hier vorliegende Arbeitspapier ist die um alle Grafiken gekürzte Version unseres E-Papers „Populismus, Fake-News, Lügenpresse“.

Die ungekürzte Version des E-Papers finden Sie *hier*.